Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 parlamentsdienste@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

M 227/2004 (DDI)

Motion Mike Vökt (EVP, Oensingen): Gesetzliche Grundlagen für rauchfreie Räume (03.11.2004)

Der Regierungsrat wird ersucht die gesetzlichen Grundlagen zu erarbeiten, damit in öffentlichen Gebäuden (sowie in Kinos/ Theatern und Restaurationsbetrieben) der Schutz der Nichtraucher gewährleistet ist.

Weiter soll geprüft werden, ob Kleinbetriebe (z.B. Bars) von der Regelung ausgenommen werden können.

Begründung (03.11.2004): schriftlich

Die mangelnde gesetzliche Regelung verbunden mit dem Appell an Toleranz und Eigeninitiative haben bisher nicht zu einem wirksamen Schutz vor gesundheitsschädigendem Passivrauch geführt. Rauchfreie öffentliche Räume entsprechen nicht nur dem Bedürfnis der Bevölkerungsmehrheit, diese Forderung stellen auch die WHO Anti-Tabak-Konvention und das Nationale Programm zur Tabakprävention, das der Bundesrat am 5. Juni 2001 gutgeheissen hat. Dieses sieht u. a. vor, dass Nichtraucher jederzeit und überall die Möglichkeit haben sollten rauchfreie Luft zu atmen. Es ist erwiesen, dass das Passivrauchen krank macht und sogar zum Tod führen kann. Zu dieser Erkenntnis ist auch die Tabakindustrie gekommen. Die persönlichen Leiden der Betroffenen sowie die finanziellen Folgen für das Krankenwesen und die Wirtschaft sind enorm.

Das Problem des Passivrauchens lässt sich, wie bereits erwähnt, unmöglich einzig aufgrund freiwilliger Empfehlungen und anhand unklarer Abgrenzungen von Nichtraucherzonen lösen.

In vielen öffentlich zugänglichen Gebäuden, die nicht dem Gastgewerbe zuzuordnen sind, gelten bereits Einschränkungen. Trotzdem ist es aus gesundheitspolitischen Überlegungen nötig den Schutz der passivrauchenden Menschen auszudehnen. Insbesondere in Gebäuden wo sich auch Kinder und Jugendliche aufhalten, hätte eine allgemeingültige Regelung präventiven Charakter: Beispielsweise hat die SBB drei unterirdische Bahnhöfe in Zürich zu rauchfreien Zonen erklärt. Seit kurzem ist an der Universität Genf das Rauchen verboten und die Tessiner Regierung fordert in einer Botschaft, dass sämtliche öffentlich zugänglichen Räume grundsätzlich rauchfrei sein sollten. Nimmt das Parlament diesen Gesetzesvorschlag an, ist das Rauchen zukünftig nur noch in separaten, ausreichend belüfteten Räumen möglich.

Die EVP ist überzeugt, dass ein Rauchverbot in Gastbetrieben nicht zu einem Rückgang der Kundenbesuche führen wird und somit auch den Bedürfnissen und Ängsten der KMU Rechnung trägt: Wie das kürzlich in Irland eingeführte Rauchverbot in Pubs zeigt, können sogar mehr Kunden (vor allem Nichtraucher) zu einem Restaurantbesuch animiert werden.

Unterschriften: 1. Michael Vökt, 2. Chantal Stucki, 3. Stephan Jäggi. (3)